

Droht Dossenheim ein großes Gewerbegebiet „durch die Hintertür“?

2015 war es eines der Top-Themen in unserer Kommunalpolitik und hat auch zahlreiche Gemüter in der Bevölkerung erregt: Die Gewerbegebietserweiterung Süd. 2016 gab es nochmal eine kleine Änderung, die schon nicht mehr viel Beachtung fand, und inzwischen ist es um das Thema noch ruhiger geworden – aber nur scheinbar! Denn unter der Oberfläche bahnt sich möglicherweise etwas an, das sämtliche Kompromisse, die in den vergangenen Jahren in langwierigen Diskussionen des Gemeinderats gefunden und beschlossen wurden, über den Haufen zu werfen droht.

Kurzer Rückblick: Eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebiets Süd wurde von unterschiedlichen Seiten in den vergangenen Jahren immer wieder andiskutiert. Dem nachvollziehbaren und berechtigten Wunsch ortsansässiger Gewerbetreibender zur Schaffung von Erweiterungsmöglichkeiten sollte schließlich nachgekommen werden. Hierzu gab es im Frühsommer 2015 entsprechende Planungen, die zu verschiedenen Vorschlags-Varianten führten. Diese wurden in den Sitzungen vom 23.06.2015 und 28.07.2015 im Gemeinderat durchaus sehr kontrovers diskutiert. Letztlich wurde ein Vorschlag der Freien Wähler mehrheitlich mit den Stimmen der Freien Wähler, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen (Bild 1 links).

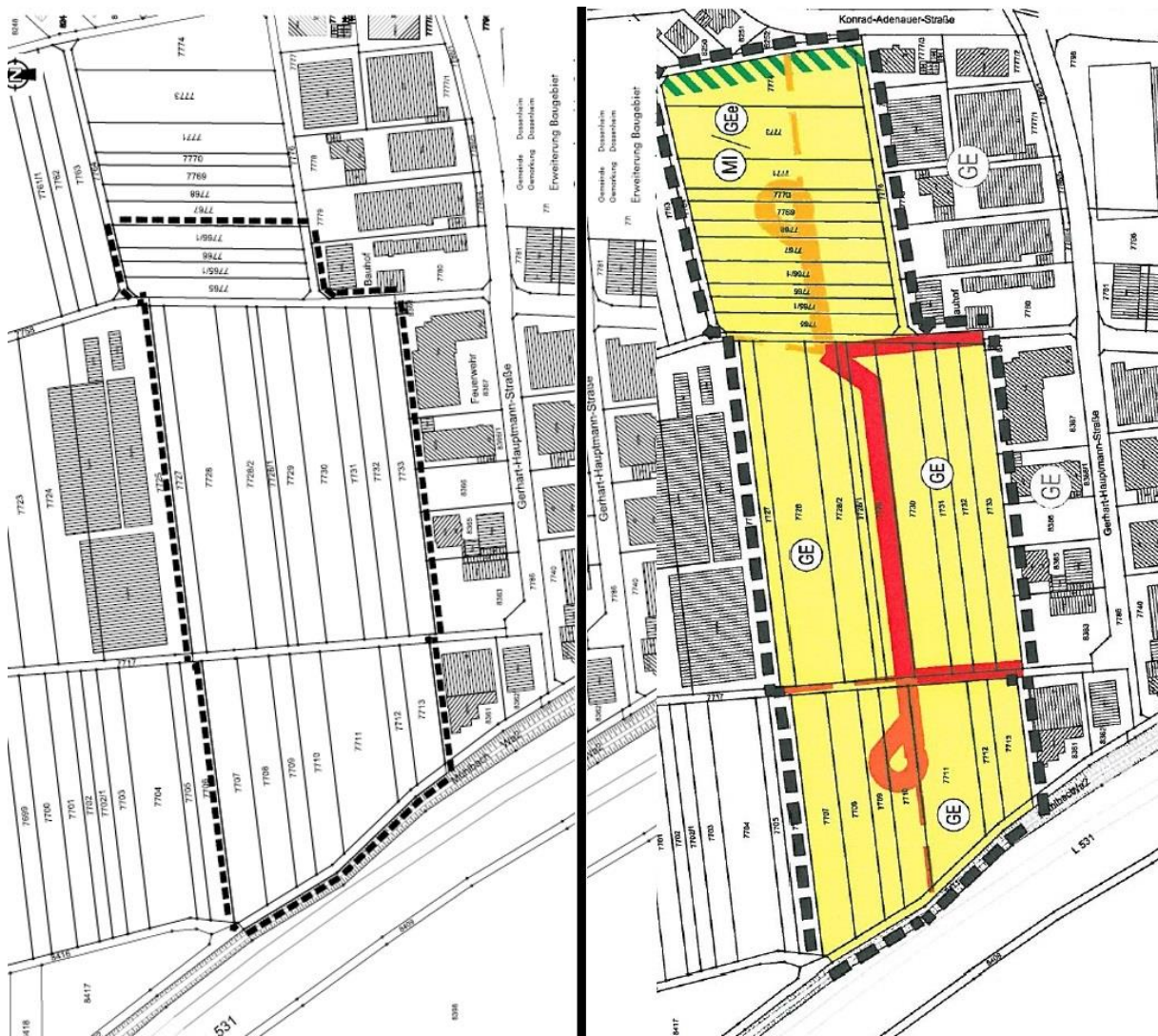


Bild 1: Gewerbegebietserweiterung, verabschiedet am 28.07.2015 (links) und 25.10.2016 (rechts), Quelle: Bürgerinformationssystem der Gemeinde Dossenheim

2016 gab es erste Bestrebungen, das festgelegte Gebiet aufgrund großer Nachfrage und im Interesse zweier größerer Investoren zu vergrößern sowie einen Anschluss des Gewerbegebiets an die L531 (Autobahnzubringer) im Westen herzustellen. Im Ergebnis wurde hierzu am 25.10.2016 einstimmig ein Kompromissvorschlag verabschiedet, der eine Verlängerung der Gewerbegebietserweiterung in östlicher Richtung mit Festschreibung eines 30m breiten Grüngürtels zur Wohnbebauung vorsieht, jedoch ohne Anbindung an die L531 (Bild 1 rechts).

Im Zuge der Diskussion hinsichtlich der Erschließung des Gewerbegebiets kam erneut die Idee der zusätzlichen Anbindung der Gewerbegebietserweiterung im Westen auf – wiederum nicht zuletzt getrieben durch den Wunsch eines der bereits zuvor erwähnten beiden großen Investoren. Auf den ersten Blick erscheint dieser Gedanke auch durchaus vernünftig, da dadurch dem gewerblichen Verkehr von und zu der Autobahn der Umweg über Boschstraße und Gerhart-Hauptmann-Straße erspart bleibt – auch ein Vorteil für sonstige Verkehrsteilnehmer, die in diesem Bereich unterwegs sind. Das Problem sind jedoch die folgenden „Aber“:

1. Die Kosten für die Erschließung in Höhe von geschätzten ca. 1 Mio. € trägt zunächst einmal die Gemeinde. Wenn diese auf die Grundstückseigentümer umgelegt werden, erhöht dies die Erschließungskosten um ca. 31,- € pro Quadratmeter. Dies würde die bereits jetzt nicht gerade niedrig angesetzten Erschließungskosten auf ein Niveau treiben, das dem ursprünglichen Ziel der Gewerbegebietserweiterung – kleinparzellige Erweiterungsmöglichkeiten für ortsansässige Gewerbebetriebe – immer weniger entspricht. Auf eine Umlage zu verzichten, ist angesichts der hohen Kosten jedoch auch keine vernünftige Option.
2. Der Anschluss an die Landstraße L531 erfordert die Genehmigung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe. Von dort kommt die klare Ansage: Ein Anschluss wird an dieser Stelle nur genehmigt, wenn sich die Gemeinde verbindlich dazu verpflichtet, in naher Zukunft in erheblichem Umfang eine weitere Gewerbegebietserweiterung in diesem Bereich vorzunehmen.

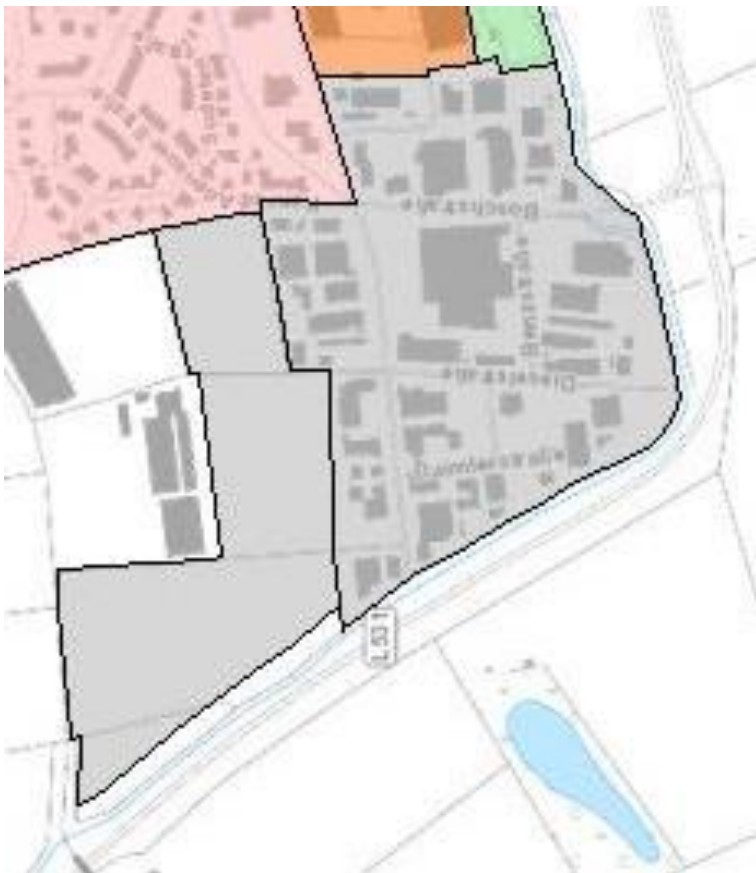


Bild 2: Gewerbegebiet Süd inkl. Vorhaltefläche gemäß aktuellem Flächennutzungsplan (grau), Quelle: LUBW Baden-Württemberg

Um es kurz zu machen: Wer der Erschließung über die L531 im Westen zustimmt, will (mindestens) die große Gewerbegebietserweiterung im Umfang des kompletten Vorhaltegebiets gemäß aktuellem Flächennutzungsplan, so wie dies bereits 2015 von CDU und FDP angestrebt war (Bild 2). Dies ist die Hintertreibung eines im Gemeinderat nach langen Diskussionen getroffenen Kompromisses durch die Hintertür. Vergessen sollte man dabei nicht, dass am 23.06.2015 auch Vorschläge auf dem Tisch lagen, die weit über die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Erweiterungsfläche hinausgingen, z.B. die Variante 6 (Bild 3). Diese wurden mit den Stimmen der Freien Wähler, SPD und Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich abgelehnt – von CDU und FDP hingegen nicht.

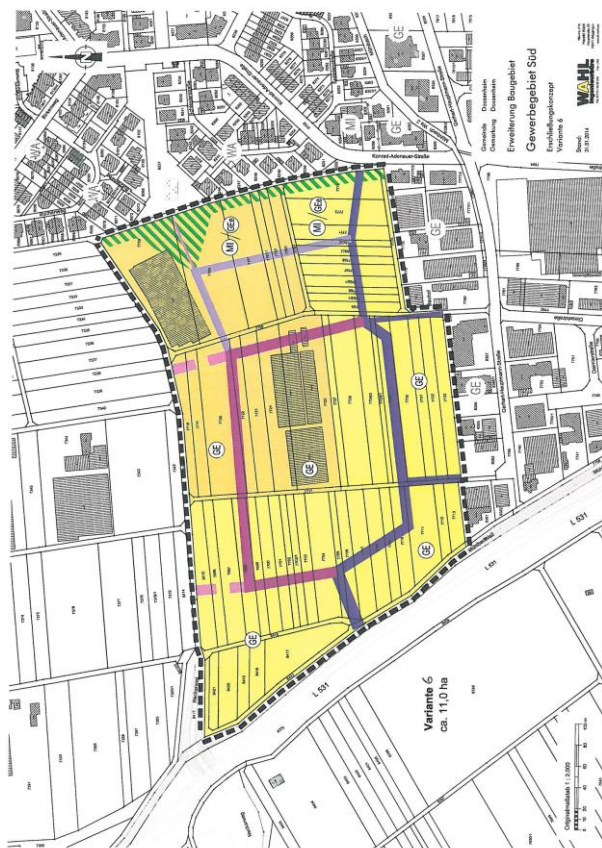


Bild 3: Variante 6 zur Gewerbegebietserweiterung, vorgestellt am 23.06.2016, Quelle: Bürgerinformationssystem der Gemeinde Dossenheim

Selbstverständlich kann niemand jemals sagen, welche Entscheidungen und Entwicklungen in weiter Zukunft für Dossenheim einmal notwendig oder sinnvoll sein werden. Aber für uns Freie Wähler steht fest, dass eine Weichenstellung hin zu einer Betonung Dossenhems als Gewerbestandort der Attraktivität Dossenhems schadet und nicht zum Selbstbild als hochwertige Wohngemeinde passt – auf jeden Fall nicht an dieser Stelle.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich zu unseren kommunalpolitischen Sitzungen eingeladen, um mit uns hierüber und über andere Themen zu diskutieren. Besuchen Sie auch die öffentlichen Gemeinderatssitzungen, nutzen Sie dort die Möglichkeit, Fragen zu stellen und beachten Sie im Vorfeld, welche Themen in der Sitzung behandelt werden. Nehmen Sie dadurch Anteil an den Entwicklungen in Ihrer Wohngemeinde, die Sie betreffen!

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage: www.freie-waehler-dossenheim.de